



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Harburg

Öffentliche Bekanntmachung

einer Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung und Integration
am Mittwoch den 27.02.2019 um 18:00 Uhr

Raum, Ort: Großer Sitzungssaal, Harburger Rathausplatz 1, 21073 Hamburg

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|---|---|----------------|
| 1 | Antrag SPD betr. Erzbistum Hamburg - Perspektiven für Harburg und Süderelbe
<i>Vertreter des Erzbistum Hamburg</i> | 20-4244 |
| 2 | Antrag DIE LINKE betr.: Harburg für Alle! - Schließung der Katholischen Schule in Neugraben | 20-4226 |
| 3 | Antrag SPD / CDU betr. Zur Zukunft der Einrichtungen der katholischen Kirche in Harburg | 20-3443 |
| 4 | Antrag SPD betr. Katholische Schulen in Hamburg - Gesamtsystem mit innovativem Trägermodell erhalten | 20-3528 |
| 5 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 6 | Verschiedenes | |

gez. Vorsitzende/r



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Antrag SPD-Fraktion / Loss, Claudia / Fehling, Klaus / Olowson-Saviolaki, Eftichia	Drucksachen-Nr.: 20-4244 Datum: 09.11.2018
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Antrag SPD betr. Erzbistum Hamburg - Perspektiven für Harburg und Süderelbe

Sachverhalt:

Seit dem 12. November 2016 ist das Erzbistum Hamburg auf dem Weg der geistlichen und wirtschaftlichen Erneuerung. Dabei bewegt sich das Erzbistum im Spannungsfeld zwischen 'Pastoralem Orientierungsrahmen' und 'Wirtschaftlichem Orientierungsrahmen'.

Die Wirkungen für den Bezirk Harburg wurden in dem Bereich des katholischen Schulwesens schmerzlich spürbar. Mit der Schließung des Niels-Stensen-Gymnasiums und den Moratorien an weiteren Schulen in katholischer Trägerschaft, entfällt ein umfassendes System und das katholische Schulsystem im Süden Hamburgs stellt sich neu auf.

Neben diesem offen wahrnehmbaren Umbruch zeichnen sich jedoch weitere Veränderungen ab. Betreiberstrukturen und Budgetziele kirchlicher Kitas werden ebenso wie Gemeindestrukturen im Rahmen des Projekts 'Pastorale Räume' neu hinterfragt. Die bauliche Bestandsaufnahme kirchlicher Immobilien (wie z.B. Gemeinde- und Bildungshäuser) erfolgt erstmals systematisch. Insgesamt lässt sich ausmachen, dass sich das Erzbistum in einem grundlegenden wirtschaftlichen Veränderungsprozess befindet, der in vielen Bereichen Auswirkungen auch auf den Bezirk Harburg entfaltet. Einen ersten Einblick erlaubt das im Oktober veröffentlichte Heft 3 'Erneuerungsprozess der Katholischen Kirche im Norden' (1)

Nun ist es an der Zeit zu hinterfragen, wie die konkreten Auswirkungen auf den Bezirk Harburg sind.

(1): (<https://www.erzbistum-hamburg.de/ebhh/Unterseiten/Erneuerungsprozess/pdf/Heft-3-Erneuerungsprozess.pdf>).

Petition/Beschlussvorschlag:

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten Vertreterinnen und Vertreter des Erzbistums Hamburg in den Ausschuss für Soziales, Bildung und Integration einzuladen, um über den Stand und die Perspektiven im Bezirk zu informieren.

Dabei sind im Bereich Schule auch die einzelnen Standorte, ihre Zügigkeit, Anschlussmöglichkeiten, Planungen zu systemübergreifenden Kooperationen (z.B. Oberstufen) zu erläutern. Für Kitas sind Bestands- und Entwicklungsdaten, Trägerschaftsmodelle (aktuell und in Planung) zu erläutern. Ein Überblick über Bestand, Zustand und Entwicklung von Gemeinden, Kirchengebäuden, Gemeindehäusern und weiteren Liegenschaften soll ebenso wie ein Überblick zum Sachstand der Pastoralen Räume gegeben werden.



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Antrag DIE LINKE / Lohmann, Jörn / Aras, Sahbatin / Baksi, Kadriye / Lenthe, André / Peters, Sven	Drucksachen-Nr.: 20-4226 Datum: 09.11.2018
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Harburg	

Antrag DIE LINKE betr.: Harburg für Alle! - Schließung der Katholischen Schule in Neugraben

Sachverhalt:

Das Erzbistum Hamburg hat am 08.11.2018 verkündet, die Katholische Schule Neugraben zum Jahr 2020 komplett zu schließen. Dies ist eine Entscheidung, die nun schnellen Handlungsbedarf erfordert. Die Tatsache, dass hierdurch Grundschulplätze wegfallen, ist besonders problematisch, weil durch die vielen im Bau befindlichen Wohnungen im Süderelberaum ein Zuzug von weit mehr als 10.000 Menschen in diese Region bevorsteht. Deshalb wird die Anzahl der Schüler/innen vor Ort enorm ansteigen und es werden sogar mehr Plätze als bisher benötigt. Es muss möglichst bald feststehen, ob die Harburger Grundschulen zukünftig die wegfallenden Grundschulplätze anbieten können und ob langfristig genügend Kapazitäten vorhanden sind, auf den in Süderelbe zu erwartenden Bevölkerungsanstieg zu reagieren

Petition/Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

Ein/e Vertreter/in der Schulbehörde möge in den nächsten Ausschuss für Soziales, Bildung und Integration eingeladen werden, um zu berichten:

1. Wo die Schüler/innen ab 2020 untergebracht werden, die sonst weiter auf die Katholische Schule Neugraben gehen würden.
2. Ob die übrigen Grundschulen in Harburg genügend räumliche, materielle und personelle Kapazitäten haben, um die zukünftig bei der Katholischen Schule wegfallenden Plätze ihrerseits anzubieten.
3. Ob die Harburger Grundschulen langfristig den durch Zuzug zu erwartenden demographischen Veränderungen angemessen begegnen können.



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Antrag SPD-Fraktion / Loss, Claudia / Fehling, Klaus / Olowson-Saviolaki, Eftichia CDU-Fraktion / Fischer, Ralf-Dieter	Drucksachen-Nr.: 20-3443 Datum: 15.01.2018
--	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Antrag SPD / CDU betr. Zur Zukunft der Einrichtungen der katholischen Kirche in Harburg

Sachverhalt:

Das Erzbistum Hamburg hat aktuell knapp 80 Millionen Euro Schulden. Falls nicht umgesteuert wird, könnte das Defizit bis 2021 auf bis zu 353 Millionen Euro anwachsen. Daher zeichnet sich ein drastischer Sparkurs ab. Davon werden verschiedenste Einrichtungen der Kirche betroffen sein.

Zwei große Kostenpunkte stehen daher dem Vernehmen nach nun besonders im Fokus: Gemeindeimmobilien wie Kirchen und Pfarrhäuser einerseits, kostenintensive katholische Schulen andererseits. So könnten an vielen Orten des flächengrößten deutschen Bistums in den kommenden Jahren schmerzhaft Abschiede anstehen. Im "Hamburger Abendblatt" mahnte der Erzbischof: "Für einen Gottesdienst braucht man keine Riesenkirche." Und warum die Sonntagsmesse nicht im Multifunktions-Gemeindesaal feiern? Schon jetzt werden die 80 Pfarreien des Bistums zu 28 pastoralen Räumen zusammengelegt. Und ob diese auch längerfristig alle der 756 Pfarrei-Immobilien übernehmen, scheint unwahrscheinlich.

Bis zu acht der insgesamt 21 Schulen des Erzbistums in Hamburg sind von der Schließung bedroht. Bis Ende Januar will die Abteilung Schule & Hochschule im erzbischöflichen Generalvikariat zumindest Entwarnung für die Standorte geben, die auf jeden Fall bleiben werden.

Dabei sind auch deutliche Auswirkungen auf den Bezirk Harburg zu erwarten.

Petition/Beschlussvorschlag:

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, Vertreter des Erzbistums Hamburg in den Ausschuss für Soziales, Bildung und Integration einzuladen, um über die Zukunft der Einrichtungen im Bezirk Harburg zu berichten. Dies soll neben den Schulen in Trägerschaft des Erzbistums auch die weiteren Einrichtungen, wie Kindertagesstätten, Kirchenstandorte und weitere, umfassen.



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Antrag SPD-Fraktion / Loss, Claudia / Fehling, Klaus	Drucksachen-Nr.: 20-3528 Datum: 09.02.2018
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Antrag SPD betr. Katholische Schulen in Hamburg - Gesamtsystem mit innovativem Trägermodell erhalten

Sachverhalt:

Auf der Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung und Integration am 6.2.2018 zur Drucksache 20-3443 (Zur Zukunft der Einrichtungen der katholischen Kirche in Harburg) referierten Ansgar Thim (seit 2013 Generalvikar im Erzbistum Hamburg) und Dr. Anne Hutmacher (Leitung Schulaufsicht und schulfachliche Beratung) über die Planungen zu den katholischen Schulen in Hamburg.

Tenor war, dass die Schließung von fünf Schulen und die sofortige Aussetzung von Neuaufnahmen unumstößlich sei. Ferner, dass drei weitere Schulen zwar noch in dieser Anmelderunde neue Schülerinnen und Schüler aufnehmen, jedoch nur dann auch in einem Jahr weitergeführt werden, falls Dritte gewonnen werden können, die die Investitionslücken schließen. Dabei soll die Trägerschaft durch das Erzbistum beibehalten werden. Dies klingt nach einem „weiter so“ mit fremdem Geld.

Das würde jedoch nichts daran ändern, dass das Erzbistum und vordem der damalige katholische Schulverband seinen Fürsorgepflichten zur Bildung von Pensionsrückstellungen nicht nachgekommen sind. Diese Verpflichtungen bestehen weiter und die daraus resultierende Belastung kann auch durch Schulschließungen nicht vermieden werden. Auch die einseitige Interpretation zu der Höhe und Angemessenheit der Zuwendungen seitens der Freien und Hansestadt Hamburg müssen als Versuch verstanden werden, von der eigenen Verantwortung für die finanzielle Misere abzulenken.

Ohne eine grundlegende Umsteuerung und Neuaufstellung ist zu befürchten, dass es in wenigen Jahren die nächsten Standorte treffen wird. Ob das durch das Erzbistum Hamburg geleistet werden kann, erscheint nach der Sitzung fraglicher als vorher.

Wer derart die Axt an das katholische Schulsystem in Hamburg legt, nimmt den Rückzug der ehrenamtlichen Gemeindearbeit durch Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schüler billigend in Kauf. Und sägt damit auch an dem Ast, auf dem er sitzt.

Mit der Initiative ‚Hamburger Schulgenossenschaft‘ formiert sich ein gesellschaftliches Bündnis zur Fortführung des Gesamtsystems der katholischen Schulen in Hamburg. Der breite Konsens zum Erhalt und die gesellschaftliche Verankerung der Initiatoren bieten neue Chancen für alle 21 katholischen Schulen in Hamburg. Im Gegensatz zum Erzbistum Hamburg würde nicht die Schließung aller Standorte in Harburg das Konzept dominieren, sondern vielmehr ein Prinzip der Solidarität zwischen den Schulen untereinander und der Hamburgerinnen und Hamburger mit dem Gesamtsystem der katholischen Schulen in Hamburg.

Petition/Beschlussvorschlag:

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten,

1. das Erzbistum Hamburg aufzufordern:
 - a. Die Schließung einzelner Schulen und damit die Zerschlagung des bestehenden Flächensystems in Hamburg zurückzunehmen und ein geeignetes Trägermodell zu entwickeln.
 - b. Dabei sind insbesondere die Konzepte der Initiative „Schulgenossenschaft Hamburg“ als Alternative einzubeziehen.
 - c. Die Ausgliederung der schulischen Liegenschaften in ein Sondervermögen, Stiftung oder andere geeignete Form zu prüfen.
 - d. Die nachhaltige funktionale Entwicklung der Liegenschaften dadurch zu ermöglichen und diese ggfs. analog zum Vermieter-Mieter-Modell Hamburg dem Träger zur Verfügung zu stellen.
 - e. Die verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer möglicherweise über eine Personalüberlassung dem Träger zur Verfügung zu stellen.
 - f. Mit der Freien und Hansestadt Hamburg eine einheitliche Regelung zur Verteilung von Versorgungslasten bei einem Dienstherrnwechsel zu vereinbaren, zum Beispiel analog des Staatsvertrags über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag).
2. Vertreter der Initiative ‚Hamburger Schulgenossenschaft‘ zu gegebener Zeit in den Ausschuss für Soziales, Bildung und Integration einzuladen, um über die Initiative und den Stand der Gespräche mit dem Erzbistum Hamburg zu berichten.